

## Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner, Hafenecker**  
und **Sulzberger**

betreffend: **Einführung einer Bankenabgabe – eine neue Massensteuer**

Seit 23. Oktober 2010 ist die Katze aus dem Sack. Nachdem die Bundesregierung aus Rücksichtnahme auf die Landtagswahlen in der Steiermark und in Wien die Vorlage des Bundeshaushaltsgesetzes entgegen den Bestimmungen der Bundesverfassung verschoben hatte, präsentierte die Bundesregierung bei ihrer Regierungsklausur in Loipersdorf ihre Vorschläge für die Sanierung des Staatshaushaltes.

Entgegen allen Ankündigungen trat genau das ein, was Rot und Schwarz monatelang dementiert hatten. Es kommt zu extremen Kürzungen bei den Familien und zu extremen Mehrbelastungen bei den Autofahrern. Außerdem wird es, obwohl der Bundeskanzler noch am 5. September 2010 sagte: „ich lehne Massensteuern ab!“, mit der Einführung einer Bankenabgabe eine neue Massensteuer geben.

Mittlerweile haben wir es schwarz auf weiß, dass die Banken diese Abgabe fast zur Gänze an die Kunden weitergeben werden. So hat unter anderem RZB-Chef Walter Rothensteiner gesagt, es sei blauäugig und utopisch zu glauben, die Abgabe werde nicht weitergegeben. Bei der geplanten Abgabe fehlen konkrete Maßnahmen und Sanktionen, die eine Kostenabwälzung tatsächlich verhindern.

Vom Bankkonto bis hin zu Krediten – alles wird durch die neue Bankenabgabe verteuert (teilweise um bis zu € 100,- für einen kleinen Kontokorrentkredit). Und da bereits Jugendliche durch die Möglichkeit eines Jugendkontos schon Bankkunden sind, trifft es hier fast jeden einzelnen niederösterreichischen Bürger.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## Antrag

Der NÖ Landtag wolle beschließen:

„1. Der Niederösterreichische Landtag lehnt das Sparpaket der Bundesregierung als sozial unausgewogen und familienfeindlich entschieden ab und fordert von der

Bundesregierung mit allem Nachdruck, den Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialstandort Österreich durch ein einseitiges Sparpaket nicht zu gefährden.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, dass die Bankenabgabe so gestaltet wird, dass 100 %-ig ausgeschlossen werden kann, dass diese auf die Kunden abgewälzt wird.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 9.12.2010 möglich ist.